

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagssort: Bocholt.
Postvertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 49

Sonntag, den 20. Februar 1938

Jahrgang 1938

Die Woche.

Wenn der Führer am heutigen 20. Februar vor dem verammelten Reichstage das Wort nehmen wird, um die angelegte Erklärung abzugeben, dann wird es niemanden im deutschen Volk geben, der diesem Ereignis nicht mit Spannung entgegenfieht. Und das ganze deutsche Volk wird sich an den Reden des Führers beteiligen, um so unmittelbar Zeugnis zu sein von dem, was der Führer uns zu sagen und zu verkünden haben wird. Aber nicht nur das deutsche Volk erwartet diese Rede mit Ungeduld und mit der tiefen inneren Anteilnahme, die deutsche Menschen an dem Ablauf der eben erlebten Ereignisse haben müssen, nein, diese Rede wird von der ganzen Welt mit der gleichen Spannung erwartet und sie wird von ihr mit der gleichen Aufmerksamkeit gehört werden. Die Welten des Radio werden die Rede über den ganzen Erdball verbreiten und der Tag des 20. Februar wird ein Tag des politischen Lebens für die gesamte Staatenswelt sein. Die Krolloper, in der die Reichstagsführung stattfindet, und der Platz vor ihr haben eine neue feierliche und würdige Ausstattung erhalten.

Laufen wir noch einmal kurz vorüber, was wir an historischen Begebenheiten in der letzten Zeit erlebt haben, die das Leben unseres Volkes bei seiner völligen Neugestaltung wiederum in epochaler Weise vorwärts getragen haben in seiner Vereinheitlichung und in seinen Schicksalen, dann kehrt vor uns jener 4. Februar mit seiner Konzentration aller politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kräfte auf einen Willen und in einer Hand. Ein Tag, der in seiner Bedeutung bereits in die Geschichte eingegangen ist. Dann steht vor uns die historische Begegnung auf dem Obersalzberg, wo der Führer und der Reichspräsident Hindenburg sich trafen. Ein Tag, der in seiner Bedeutung bereits in die Geschichte eingegangen ist. Dann steht vor uns die historische Begegnung auf dem Obersalzberg, wo der Führer und der Reichspräsident Hindenburg sich trafen. Ein Tag, der in seiner Bedeutung bereits in die Geschichte eingegangen ist.

Heute, nachdem der Streit um die Paragrafen des Juli-Abkommens als beendet angesehen werden muß, und nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland am Leben seines Volkes ganz und voll beteiligt wird, haben wir von neuem die Hoffnung und mit ihr die alte deutsche Sehnsucht, von der schon die Freiheitskämpfer träumten, wenn sie fragten: was ist des Deutschen Vaterland, und antworteten: das ganze Deutschland soll es sein. Die millionenräubische Million Deutschlands und des Reichstums ist auch heute dort unbekannt, wo man sie uns nicht ausgetrieben wollte. Mit Ausnahme jener französischen Vögel, die anhelnd immer unbeherrschbar bleiben wird, weil sie entweder moskauhörig und -gebunden sind oder nicht erlangen und verstehen kann, daß Deutschland sich aus den Fesseln befreit hat, in die man es mit Gewalt schlug und in denen man es mit Gewalt halten wollte, mit Ausnahme derer, die es nicht fassen wollen, daß Deutschland unter Adolf Hitler keine nationale Kraft wiederstand, hat auch das Ausland begriffen und eingesehen, daß die deutsch-österreichische Frage eine deutsche Frage ist und daß deutsches Blut zu deutschem Blut gehört. Und wo es noch nicht ist, wird man es lernen müssen.

An diesem 20. Februar wird sich das deutsche Volk wieder mit allen seinen Gefühlen und Regungen bewußt sein, was es dem Führer zu verdanken hat: Seine Befreiung, seine Einheit, seine Wehrkraft, seinen wirtschaftlichen Aufschwung, seine ganze innere und äußere Erneuerung, sein neues pulsierendes Leben und die volle und ganze Bewußtheit seiner Deutschtum. Es gibt heute niemanden mehr in der Welt, der es wagen könnte, über Deutschland dergestalt zu sprechen. Das Reich ist frei, geschützt und gesichert, und alle Kräfte unseres Volkes arbeiten unaufhörlich und unaufhörlich, um diese Sicherung nach allen Seiten zu vollenden. Es ist heute nach den letzten Ereignissen klar und offenkundig, daß die Methoden und die Politik Adolf Hitlers sich als diejenigen erwiesen haben, die mit friedlichen Mitteln Europa ein neues Gesicht geben. Nur bei einem starken und unerschütterlichen Führer führt die Methode der wechselseitigen persönlichen Verhandlungen zu den Erfolgen, die wir zu verzeichnen haben, und es mühte sich endlich auch in die Erkenntnis anderer Staaten übergegangen sein, daß die sogenannte Politik der „kollektiven Sicherheit“ vorüber und abgeklungen ist. Verallgemeinbar und Gerecht haben ihre Namen verloren, ihre Zeit ist beendet und eine neue Epoche hat auch hier begonnen: der Weg zu einem besseren und gerechteren Europa der natürlichen Ordnung und Kultur. Es sind nur die letzten Anstrengungen, die der Sozialismus macht, um diesen Weg noch im letzten Augenblick zu verlegen. Die Ereignisse um Buharto, die wir nicht als Einzelhandlung sehen dürfen, sondern als ein Glied in der Kette der Ereignisse, die das deutsche Volk in der Welt sehen, in welcher brutalen Weise die Moskauer und die Komintern in die Hoheitsrechte anderer Staaten eingreifen, sich über alle Rechtsnormen hinwegsetzen und an den Menschen Rechte nehmen wollen, die erlangt haben, daß das Sowjetparadies eine Hölle ist und daß diese Ideologie zum Untergang der Völker führt.

Deutschland hat durch den Kampf, den Mut und die Tapferkeit des Führers diese auch ihm drohende Gefahr überwunden und beseitigt. In ihm steht heute ein einziges, sich seiner nationalen Kraft bewußtes, schaffendes und wertvolles Volk. Der Führer hat das Wunder vollzogen, und wenn wir heute seine Worte hören, sollen wir ihm für alles dankbar sein, was er uns gegeben und geschenkt hat. Der Dank, die Liebe und die Treue wird ihm die Sorge und die Arbeit beglückend aufwiegen und die große Verantwortung, die er um uns und unser Volk alle Tage trägt und die ihn, sein Handeln, sein Denken und sein Schaffen leitet und begleitet. Der Glaube an Deutschland und das deutsche Volk hat ihm die große Kraft gegeben, und mit diesem Glauben an Deutschland ausgerüstet und erfüllt, bereinigen sich seine Kräfte und die des deutschen Volkes zu jener Einheit, die sich in der Welt als Gemeinschaft und Gemeinschaft, die uns überwindlich ist.

Die GPU beherrscht Moskaus Politik

Budenko über die sowjetrussische Scheindiplomatie.

Stalin, der schlimmste Diktator der Weltgeschichte.

DNB Rom, 19. Februar.

Der frühere sowjetrussische Geschäftsträger in Bukarest, Budenko, benutzte eine Unterhaltung mit dem römischen Vertreter des DNB, um unter Bezugnahme auf die Behauptung des sowjetrussischen Konsuls in Mailand, der wahre Budenko werde von der GPU noch in Bulgarien festgehalten, erneut darauf hinzuwirken, daß er sich gegenüber den italienischen Behörden in aller Form ausweisen habe. Er sei in den diplomatischen Kreisen von Bukarest trotz seines kurzen Aufenthaltes durchaus bekannt. Sein in der Presse veröffentlichtes Bild werde diese Kreise in Bukarest ohne weiteres überzeugen. Im übrigen gebe es genügend andere Mittel und Wege für ihn, um vor der Diktatur keine Identität nachzuweisen. Diesen Beweis werde er in dem Buch liefern, das im Frühjahr in mehreren Sprachen zugleich erscheinen werde.

Auf die Frage nach den Grundrissen, nach denen das Außenministerium in Moskau hauptsächlich arbeite, erklärte Budenko, die Grundrisslinie und die Methoden des Außenministeriums hätten in den letzten zwei Jahren große Veränderungen erfahren. Ein großer Teil der Beamten des Außenministeriums wie auch der einzelnen Sowjetmissionen im Ausland seien mit Aufgaben betraut, die keine unmittelbare Beziehung zur Diplomatie als solcher hätten. Seit der Zeit 1936, besonders aber 1937, erfolgte eine Umstrukturierung dieser Tätigkeit, die heute sehr schwer zwischen der diplomatischen Arbeit Sowjetrusslands und jener der anderen Kommissariate, die sich mit dem Ausland befassen, noch zu unterscheiden.

„Konkretgehend“, so fuhr Budenko fort, „ist heute die Methode der GPU, deren Mitglieder nicht nur zahlenmäßig in den Sowjetmissionen stark vertreten sind, deren entscheidender Einfluß aber auch sonst in der Sowjetpolitik überhand genommen hat.“

Diese Methoden sind immer gefährlicher und zwar nicht nur für die Länder, in denen Sowjetmissionen beglaubigt sind, sondern auch für die einzelnen Mitglieder der Sowjetmissionen im Ausland, die anderswo unter dem Verdacht stehen, dem Sowjetregime nicht treu zu sein. Unter diesen Umständen

kann man also nur noch von einer Scheindiplomatie Sowjetrusslands sprechen, da die GPU in allen Dingen heute entscheidend mitprägt und mitwirkt.

Man braucht dabei nur an die Sowjetpolitik in Spanien zu denken. Die ganze Welt weiß genau, daß hier nach den Methoden der GPU und der Komintern eine offene militärische Intervention Sowjetrusslands in die spanischen Angelegenheiten

vorliegt, die nichts mit dem Freiwilligensturm zu tun hat. Wenn diese sowjetrussische Interventionspolitik seit dem Fall von Bilbao auf nachdringende Schwierigkeiten stößt, so besteht doch kein Zweifel, daß die Politik Moskaus in der spanischen Frage unerschütterlich gleichgeblieben ist und unverändert weitergeht.“

Ueber die Stellung Litwinows erklärte Budenko, Litwinows Stellung sei in der letzten Zeit wieder härter geworden. Er könne jedoch nicht mehr als einer der tatsächlichen Leiter der Außenpolitik Sowjetrusslands angesehen werden. Er diene vielmehr nur als Puppentheater für internationale, hauptsächlich in Bezug auf die Komintern, Zwecke. Besonders kompliziert sei die Lage nach der Rückkehr Litwinows aus Paris ins Außenministerium geworden.

Wenn Litwinow heute immer noch auf seinem Posten bleibe, so nur deswegen, weil seine Ausweisung auch das letzte Ansehen der sowjetrussischen Außenpolitik vernichten würde und weil er durch seine andere international bekannte Persönlichkeit ersetzt werden könne. Im Ausland sei er immer noch am besten angesehen. Deshalb werde er als Sym-

bol der sowjetrussischen Agitation auf seinem Posten bleiben, doch spiele er keine Rolle mehr in der sowjetrussischen Außenpolitik, die ganz und gar vom Kessel und von Stalin persönlich geleitet werde.

Nach dem Fall Budenko werde sich die Lage von Litwinow und vielleicht auch die von Potemkin noch schwieriger gestalten. Stalin sei der wahre Diktator Sowjetrusslands, ein Diktator, wie ihn die Weltgeschichte niemals gesehen habe. Hinter dieser Tatsache trete seine Eigenschaft als Parteiführer vollkommen in den Hintergrund.

Abschließend äußerte sich Budenko noch zu der Frage des Privatbesitzes. Es sei zwar richtig, daß nach der neuen „Verfassung“ jeder über Privatbesitz verfügen könne, welche Rechte aber könnten heute in Sowjetrussland überhaupt zu Privatbesitz kommen und den Vorteil dieser Bestimmung in Anspruch nehmen? Die geknechteten Arbeiter und die Bauern, die alle ihres Eigentums beraubt seien, können bestimmt nicht in der Lage, neues Eigentum zu erwerben. Die Ruhestörer der Bestimmung seien ausschließlich jüdische Parassiten.

Neuerungen für Kinderbeihilfen und Ehestandsdarlehen.

Eine Rede des Staatssekretärs Reinhardt.

Berlin, 19. Februar.

Auf Einladung der Wirtschaftshochschule Berlin sprach am Freitagabend der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Fritz Reinhardt über „Nationalsozialistische Finanz- und Steuerpolitik“, wobei er besonders auf die Durchsetzung der beschleunigten Grundzüge des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Steuerpolitik zu sprechen kam. In dessen Zusammenhang machte er u. a. Mitteilung von der im April d. J. in Kraft tretenden Erweiterung der Kinderbeihilfen.

Zunächst wies Reinhardt auf die in den fünf Jahren nationalsozialistischer Regierung verfolgte Finanzpolitik. Bei der Erörterung der einzelnen

auf diesem Wege liegenden Finanz- und Wirtschaftsmassnahmen wies er auch die Gewährung von Ehestandsdarlehen und stellte mit, daß von August 1933 bis heute insgesamt 900.000 Ehestandsdarlehen im Betrage von 560 Millionen Reichsmark ausbezahlt worden sind. In zahlreichen Beispielen erläuterte er den Gesundheitsprozeß der deutschen Wirtschaft. So sind die Einlagen der öffentlichen Sparkassen von zehn Milliarden im Jahre 1932 auf 18 Milliarden Reichsmark im Jahre 1937 gewachsen. Das Volkseinkommen ist in der gleichen Zeit von 45 Milliarden auf über 88 Milliarden jährlich angewachsen. Die Lohnsumme in der Industrie hat sich innerhalb dieses Zeitraumes sogar verdoppelt.

Das Steuereinkommen des Reiches, das von 1932 bis 1937 trotz neuer steuerlicher Belastungen um 2 1/2 Milliarden zurückgegangen war, hat sich von 8,5 Milliarden im Jahre 1932 auf 11,5 Milliarden im Jahre 1937 erhöht und wird sich im noch nicht abgeschlossenen Rechnungsjahre 1937 auf rund 14 Milliarden Reichsmark stellen, obwohl zahlreiche Steuererleichterungen erfolgt sind.

Diese Entwicklung des Steuereinkommens ist, so erklärte Staatssekretär Reinhardt, der beste Beweis für die Richtigkeit der nationalsozialistischen Erkenntnis, von der sich die Regierung Adolf Hitlers bei ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Massnahmen hat leiten lassen.

Die großen nationalpolitischen Aufgaben, die der Nationalsozialismus in Angriff genommen habe und die einen außerordentlichen Finanzbedarf im Gefolge hätten, machten auch in Zukunft eine Sparpolitik in der Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel notwendig. Der Haushalt des Reiches befände sich im Gleichgewicht und werde unter allen Umständen im Gleichgewicht gehalten. Die materiellen Grundlagen zur Durchführung der großen nationalpolitischen Aufgaben, die durch die Lebensrechte der Nation bedingt sind, seien gesichert. Es sei jedoch unerlässlich, daß alle Volksgenossen ihren Ehrgeiz und ihre Kräfte in der Erfüllung aller ihrer beruflichen Pflichten einbringen und immer bestrebt seien, das Beste zu leisten, was auf dem Bestreben beruhe, das deutsche Volk vor allgemeinen Steuererleichterungen zu bewahren.

Bewertungsfreiheit und Veranlagungsrichtlinien.

In diese Gedankengänge gehöre auch die unläugliche Tatsache, daß die Bewertung der Veranlagungsgegenstände für kurzlebige Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens. Wenn nach einer Reihe von Jahren die Gründe für diese Massnahmen fortgefallen seien, werde die Möglichkeit der Wiederherstellung der Bewertungsfreiheit geprüft werden.

In den nächsten Tagen würden die neuen Veranlagungsrichtlinien für Einkommen- und Körperschaftsteuer erscheinen. Danach könne die Bewertungsfreiheit ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Bewertung oder Herstellung nach wie vor für die folgenden Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden: 1. für Kraftfahrzeuge mit einer Kraft von 1,1 Tonnen oder mehr, 2. für Flugmaschinen und Schlepper, 3. für Anhänger zu den unter 1 und 2 bezeichneten Fahrzeugen mit einer Kraft von 1,1 Tonnen oder mehr, 4. für Kraftomnibusse mit mehr als



Dreistündiger Rundgang des Führers durch die Automobilausstellung. (Scherl)

Nach der feierlichen Eröffnung der Automobilausstellung 1938 unternahm der Führer mit seiner Begleitung und den Ehrengästen einen dreistündigen Rundgang durch die Ausstellung. Unser Bild zeigt den Führer am Lastwagenstand der Opel-Werke. Links neben Adolf Hitler Geheimrat von Opel.

18 Siphonen, 5. für Beregnungsanlagen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, 6. für alle Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 200 Reichsmark nicht übersteigen.

Weiterer Ausbau der Kinderbeihilfen.

Staatssekretär Reinhardt ging dann auf die Anpassung der Steuern an die Bevölkerungspolitischen Grundzüge des Nationalsozialismus ein, wie sie zuerst die Steuerreform vom 16. Oktober 1934 mit der Härteren Verbilligung des Familienkinder bei der Einkommensteuer und anderen Erleichterungen gebracht habe. Während die einmaligen Kinderbeihilfen zur angemessenen Erziehung des Haushaltes minderbemittelter Familien dienen sollten, führte er aus, sind die laufenden Kinderbeihilfen zum teilweisen Ausgleich der Familienlasten innerhalb der Familien bestimmt. Mit der Gewährung einmaliger Kinderbeihilfen im Sommer 1935 begonnen worden.

Seitdem mit Wirkung ab 1. Oktober 1937 der Kreis der Beihilfegerechtigten für die laufende Kinderbeihilfe vergrößert worden ist, hat sich die Zahl der Kinder, für die monatlich zehn Reichsmark gewährt werden, auf rund 500 000 erhöht.

Die Kinderbeihilfen stellen, wie Reinhardt betonte, nicht eine Fürsorgemaßnahme, nicht Wohlfahrt und nicht Unterstützung dar, sondern eine volkswirtschaftlich und bevölkerungspolitisch notwendige Ausgleichsmaßnahme. Auf diese habe der Reichsbürger nach nationalsozialistischer Weltanschauung unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch. Diese zusätzliche Einnahme stelle einen teilweisen Ausgleich der Familienlasten dar.

Im April 1938 werde der nächste Schritt zum Ausgleich der Familienlasten getan werden. Danach werde allen Sozialversicherungspflichtigen, also allen Lohn- und Gehaltsempfängern, deren jährliches Arbeitseinkommen 8000 RM nicht übersteigt, eine Beihilfe von monatlich je 10 RM, für das dritte und vierte Kind und je 20 RM, für das fünfte und jedes weitere Kind gewährt werden.

Wenn der Ausbau der Kinderbeihilfen sich nur auf die Lohn- und Gehaltsempfänger erstreckt, so sei dazu zu sagen, daß die Mittel hierfür aus dem Aufkommen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen genommen werden und daß diese Beiträge nur zugunsten der Sozialversicherung verwendet werden dürfen. Es handle sich um einen Teil der Mittel, die nach Überwindung der Massenarbeitslosigkeit im Hause der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung freigegeben seien.

Aber auch für die Arbeitslosenversicherung werde es nicht bei dem bisherigen Umfang der Kinderbeihilfen bleiben. Die Summe der Beihilfen aus den gewährten Ehestandsdarlehen werde immer größer und ermöglicht auch einen Ausbau der Kinderbeihilfen für die Arbeitslosenversicherung, wenn auch nicht in dem Umfange wie bei den Sozialversicherungspflichtigen.

Gegenwärtig erhalten Arbeitslosenversicherungspflichtige 10 RM monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind unter 16 Jahren, wenn ihr einkommensfreies Einkommen im letzten Jahr 2100 RM nicht überschritten hat. Diese Einkommensgrenze wird mit Wirkung ab April 1938 auf 8000 RM erhöht. Die Einkommensgrenze wird dann also mit der bei den Sozialversicherungspflichtigen übereinstimmen. Es wird nur ein Unterschied in der Höhe der Kinderbeihilfen bestehen. Die Kinderbeihilfen werden betragen: Bei den Sozialversicherungspflichtigen je 10 RM monatlich für das dritte und für das vierte Kind und je 20 RM monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind, bei den Arbeitslosenversicherungspflichtigen 10 RM monatlich für das fünfte und jedes weitere Kind.

Nicht nur in der Höhe der Einkommensgrenze, sondern auch bei anderen Neuerungen werden die Arbeitslosenversicherungspflichtigen den Sozialversicherungspflichtigen gleichgestellt werden.

Beispiele:

1. Es können bei der vorgeschriebenen Kinderzahl mit Wirkung ab 1. April 1938 auch Kinder berücksichtigt werden, die zwar das 16. Lebensjahr, aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben, a) wenn sie sich in der Schulausbildung oder in der Ausbildung für einen Berufsberuf befinden oder dauernd erwerbsunfähig sind, und b) wenn sie nicht eigenes Einkommen von mindestens 80 RM monatlich haben.

2. Es werden mit Wirkung ab 1. April 1938 für Kinder, deren besondere Förderung nach nationalsozialistischer Weltanschauung geboten erscheint, auch ganze oder teilweise oder Ausbildungshilfen zum Besuch von mittleren oder höheren Schulen, von nationalpolitischen Erziehungsanstalten und von Fach- und Hochschulen gewährt werden. Dabei wird es einerseits sein, a) ob der Antragsteller sozialversicherungspflichtig ist oder nicht, b) wie groß das Einkommen des Antragstellers ist, c) wie alt das Kind ist, für das die besondere Förderung beantragt wird, ob unter 16 oder 21 Jahren oder darüber. Es wird jedoch Voraussetzung sein, daß der Antragsteller in der Lage ist, die besondere Förderung des Kindes nach nationalsozialistischer Weltanschauung geboten erscheint.

Mit Wirkung ab April 1938 wird die Zahl der Kinder, für die laufende Kinderbeihilfen oder Ausbildungshilfen gewährt werden, mehr als zwei Millionen betragen. Auch dieser Ausbau wird nur einen weiteren Schritt auf dem Wege zum Ausgleich der Familienlasten darstellen.

Die Maßnahmen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortentwickelt werden, bis schließlich der Übergang in eine große Reichsfamilienfamilie möglich sein wird. Die Erleichterung der Reichsfamilienlasten wird voraussichtlich im Jahre 1942 oder 1943 vorgenommen werden können.

Vergünstigungen bei Ehestandsdarlehen.

Am weiteren Verlauf seiner Ausführungen kündigte Staatssekretär Reinhardt den Plan an, bei der Gewährung von Ehestandsdarlehen

in bestimmten Fällen, in denen die Ehefrau einer Reichsbürgerin Familie entkame, ein Zuschlag von Ehestandsdarlehen zu gewähren, das sich zwischen 300 und 1000 RM bewegen wird.

Als Maßnahme zur Bekämpfung der Lebensnot wird demnach bestimmt werden, daß auch einer Volksgenossin, die im landwirtschaftlichen Betrieb ihres Ehemannes beschäftigt ist, auf Antrag ein Ehestandsdarlehen gewährt werden kann, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob im Falle ihrer Verheiratung eine fremde Arbeitskraft eingestellt wird oder nicht. Außerdem ist ein Ausbau der Stiefkinderbeihilfen für Randwirte geplant.

Abschließend wies Staatssekretär Reinhardt auf eine Maßnahme zur Förderung der Landwirtschaft an, die ausgebildeten Schwärmer hin. Es werde

in Kürze ein Gesetz erlassen, wonach eine zweijährige freiwillige Tätigkeit der künftigen Ehefrau im landwirtschaftlichen Betrieb des Mannes im Rahmen der Reichsfamilienlasten im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Eheheiraten auszuüben ist. Wird eine solche Tätigkeit durch eine entsprechende Bezeichnung des Deutschen Reichsbürgers nachgewiesen, so wird der Betrag eines zu gewährenden Ehestandsdarlehens bis auf 1000 RM bemessen und das gewährte Ehe-

Sonderfischung des britischen Kabinetts.

Um die Verbesserung der Beziehungen zu Italien.

London, 19. Februar.

Die gestrigen Besprechungen zwischen Eden, Chamberlain und Grandi bezogen sich auf die dringende Forderung der britischen Kabinetts für heute nachmittags haben starken Widerhall in der Londoner Morgenpresse gefunden, zumal der Kabinettsrat am Sonntag in der vergangenen Woche einberufen wurde. Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder, die die Verbesserung der Beziehungen zu Italien einfordert, ist ein wenig größer als die, die die Beziehungen zu Spanien, die Anerkennung der Eroberung des äthiopischen Kaiserreiches und weitere Angelegenheiten der englisch-italienischen Beziehungen zur Debatte gestanden hätten. Die letzten Vorgänge in Österreich hätten nur wenig Raum bei den Besprechungen eingenommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, in interessierten Kreisen habe man erwartet, daß England jetzt bereit sei, Zugeständnisse zu machen, namentlich, daß die Frage der ausländischen Freiwilligen nicht auf das Programm der englisch-italienischen Beziehungen kommen soll. Auf der anderen Seite aber habe Eden bei der letzten Besprechung mit Grandi wieder betont, welche Wichtigkeit die britische Regierung der Zurückführung der Freiwilligen beimesse. Schließlich meinte der Korrespondent, es

sei möglich, daß Montag früh ein Kabinettsrat sich mit der Rede des Führers befassen werde.

„Daily Herald“ will von einem neuen Akt im englischen Kabinett sprechen können. In großer Aufmerksamkeit erregt das Blatt den Vorwurf, daß Unklarheit bezüglich der gegenüber Italien eingeschlagenen Politik besteht. Chamberlain dränge seit Monaten auf eine Verständigung mit Mussolini, während Eden als Vorbedingung für eine englisch-italienische Verständigung die Zurückführung der italienischen Freiwilligen aus Spanien stelle.

„News Chronicle“ befaßt sich insbesondere mit dem gestrigen Besuch des französischen Botschafters Corbin im Foreign Office. In kritischen Regierungskreisen wünsche man, sagt das Blatt, daneben, eine baldige Verständigung mit Italien und habe den Eindruck, daß es „noch nicht zu spät“ sei.

Der politische Mitarbeiter von „Daily Mail“ betont besonders, ihm sei berichtet worden, daß die Kabinettsfischung nicht wegen Österreich einberufen worden sei.

In einer Rede, die Ministerpräsident Chamberlain gestern in Birmingham in seinem Wahlkreis hielt, wandte er sich gegen die Mitteilung eines marxistischen Blattes, daß er sich entschlossen habe, sofort Neuwahlen auszurufen. Das sei eines der Mittel der Marxisten, von Zeit zu Zeit die Götter ihrer Organisation wieder aufzuwecken. Aber sie können diesen ganz sicher nicht auf die Dauer täuschen. Wenn die Marxisten wählen wollten, dann werden wir nicht erst die Marxisten fragen, um Zeit und Tag dieser Wahlen festzusetzen. Wir haben noch sehr viel Zeit vor uns, bevor unser Mandat abgelaufen ist.

Erklärung Tatarescus zum Fall Budenko.

Bukarest wundert sich über Moskau.

DNB Bukarest, 19. Februar.

Der rumänische stellv. Ministerpräsident und Außenminister Tatarescu erklärte, daß er die Erklärung der sowjetischen Presse, die die Ermordung des rumänischen Botschafters in Moskau eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus darstelle, nicht als eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus annehmen könne. Er erklärte, daß die Ermordung des rumänischen Botschafters in Moskau eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus darstelle, nicht als eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus annehmen könne.

Im gleichen Interview sagte Tatarescu, daß am Sonntag einen Besuch in Bukarest machte, daß er zufrieden sei, wie sich die rumänische Sozialistische Revolution entwickelt. Er erklärte, daß die rumänische Sozialistische Revolution eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus darstelle, nicht als eine Unterbrechung in der Entwicklung des rumänischen Sozialismus annehmen könne.

Der „Kerker von 165 Millionen.“

DNB Rom, 19. Februar.

Der Fall Budenko veranlaßt die italienische Presse, sich mit dem Auslandschloß seiner Flucht zu befassen. Überwiegend wird das „Dementi“ der AGS als eine lächerliche Erfindung hingestellt, mit der man auf die Leichtgläubigkeit der Demokraten (perfidi) und die Schwierigkeit unterrichtet, in die Rumänien-Finanzkassen durch Budenos Flucht geraten ist.

„Tribuna“ kommt auf die finanziellen Zustände in Sowjetrußland zu sprechen und betont schon in ihrer Überschrift, daß Sowjetrußland der „Kerker von 165

Kandabarleben auf Grund des § 131 RD alsbald erlassen.

Es ist also, daß Volksgenossinnen, die eine zweijährige freiwillige Tätigkeit im Frauenhilfsdienst nachweisen, ein Ehestandsdarlehen im Betrage von 1000 RM erhalten, das einem Ehegatten gleichkommt, das eine Rückzahlung von ihnen nicht verlangt wird.

Der Wirtschaftsverkehr Österreichs mit dem Reich.

Wien, 19. Februar.

Nachstehende amtliche Mitteilung wird bekanntgegeben:

Der Bundesminister für Handel und Verkehr hat den leitenden Direktor der Österreichischen Wirtschafts- und Handelskammer, Dr. Hans Fischböck, zum Konsulenten des Bundesministeriums für Handel und Verkehr für Fragen des Verkehrs mit dem Deutschen Reich bestellt. Dr. Fischböck wird bei der Behandlung der Fragen der Intensivierung der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen zur Beratung herangezogen werden.

England baut Schlachtschiffe über 42000 Tonnen.

London, 19. Februar.

Der Flottenkorrespondent des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die Schlachtschiffe, die England in diesem Jahre auf Kiel lege, die 42000-Tonnen-Grenze überschreiten werden. Dementsprechende Pläne seien bereits ausgearbeitet. Es besteht Grund zur Annahme, daß die künftigen Schlachtschiffe ebenfalls größer als 42000 Tonnen sein würden. Das Blatt erklärt, daß demgegenüber die übrigen Einbauplanen der britischen Flottenverträge, die sich auf die Kreuzerklasse und die Flugzeugträger beziehen, weiterhin als in Kraft befindlich betrachtet werden, es sei denn, daß Japan hinsichtlich dieser Schiffsklassen eine Veränderung vorzuziehen.

Im Zeitartikel meint das Blatt, wenn diese Tatsachen eine unangenehme Entwicklung darstellen, so sei dieser Entschluß Englands eine Notwendigkeit, die Unterzeichner des Londoner Flottenvertrages könnten sich nicht erlauben, ins Hintertreffen zu geraten.

Aufhebung allen parteipolitischen Lebens in Rumänien.

DNB Bukarest, 19. Februar.

Die rumänische Regierung hat ein wichtiges Gesetz erlassen, das gegen die Störung der öffentlichen Ordnung gerichtet ist und dabei auf der Linie der Unter-

Männer, die ihren Platz ausfüllen.

Bewährung im SA-Dienst wie am Arbeitsplatz.

Von

Obersturmbannführer Fritz Philipps.

Wer als junger Mann in den SA-Dienst der Standarte „Reichsherrnhalle“ tritt, muß Beweisen, daß er in der Tat alles in allem genommen nichts anderes als ein zuverlässiges Zehnjähriges im Dienste der Gemeinschaft, denn der SA-Mann schenkt dem Volke außer in seiner zweijährigen Wehrdienst- und seiner Arbeitsdienstzeit ein weiteres Jahr seines Lebens für die Dauer seiner Zugehörigkeit zur Standarte „Reichsherrnhalle“.

Beweisen leisten diesen Dienst nicht, um später gut vorzujagen zu sein. Es geht ihnen in erster Linie um ihren Dienst als SA-Männer und als politische Soldaten des Führers. Das schließt aber nicht aus, daß während der Dienstzeit schon für die spätere Berufsstellung des SA-Mannes in den Lagern der einzelnen Sturmbanne sehr vieles geschieht, und daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, vorhandene Berufsanfänge zu verbessern oder sich umzuwandeln. Wesentlich aber ist, daß geistig, körperlich, politisch und physisch so ausgebildete Kräfte, wie sie sich in den Gliederungen der Standarte „Reichsherrnhalle“ zusammenfinden, nach ihrem Auscheiden in der großen Wirtschaft des deutschen Volkes an richtiger Stelle verwandt und eingesetzt werden.

Eine Tagung der Führerreferenten der Sturmbanne, die unter Leitung des Referenten bei der Standarte, Sturmführer Dr. Malow, dieser Tage in Berlin stattfand, gab hierüber wertvolle und interessante Aufschlüsse, und es zeigte auch, daß die SA-Standarte „Reichsherrnhalle“ durch Berufsberatung ihrer Angehörigen während der Dienstzeit wichtige Aufgaben im Rahmen unserer Arbeits- und wirtschaftspolitischen Ziele zu erfüllen hat.

Von vornherein soll dabei eines festgestellt werden, und es wurde dies von einem Vertreter des Arbeitsamtes schon unterstrichen: Wo einmalige Angehörige der SA-Standarte „Reichsherrnhalle“ bezugslos in Arbeit vermittelt wurden, hat sich allgemein ergeben, daß die Betriebsführer später bei besondere Zuständen über diese Kräfte ähnelten. Die Männer waren an Disziplin gewöhnt, sie waren durch die harte Schule der Standarte gegangen, und die dort in ihnen gewordene weltanschauliche Festigkeit befähigte sie, in der Gemeinschaft der Arbeitsamtsarbeit besondere Vorkämpfer nationalsozialistischer Gedanken zu sein. Man hat dieselben Erfahrungen bei Parteibildungen und Behörden gemacht, die in vielen Fällen besonders gern auf die bei der Standarte abgehenden Kräfte zurückgriffen. Dabei waren es nicht einmal immer leichte Arbeiten, die den Männern in ihrem neuen Berufsleben aufgetragen wurden. Denn es kommt bei der Führung der Standarte nicht auf „Verlorenheit“ an, sondern darauf, daß die Männer auch im zivilen Leben in Fortsetzung ihrer SA-Aufgabe dort angeht, wo man im neuen Reich dringend besonders bewährte Kräfte braucht.

Die SA ist nie ein Verlorenheitsinstitut für ihre Angehörigen gewesen. Es ist aber eine nationalsozialistische Schulungsanstalt, die man Männern, die dem Volk und der Bewegung die besten Jahre ihres Lebens widmen, in die Dienste der Gemeinschaft auf weiterestem Wege einführt. Wer die Standarte „Reichsherrnhalle“ ähnlich gefordert, wie etwa bei Wehrmacht, Arbeitsdienst usw. Unter den vielen und verschiedenen Berufen unseres heutigen Lebens gibt es aber eine Reihe, für die gerade die Männer der SA-Standarte „Reichsherrnhalle“ besonders eignen. Angesehen davon, daß sie zu den jungen Nachwuchsführern der SA und zu den verdienstvollen Arbeitern in Parteibildungen als geradezu vorbestimmt angesehen werden können, kennzeichnet sie ihre nationalsozialistische, weltanschauliche und politische Festigkeit und ihre politische Haltung für verschiedene andere Dienste noch aus.

Wer die Arbeit der nationalsozialistischen Volkswirtschaft als Ausdruck einer heroischen sozialistischen Gesinnung erkennt, wird die Aufgabe des nationalsozialistischen Volkspflegers beispielsweise in ihrer ganzen weitestgehenden Wichtigkeit erkennen können und verstehen, wenn sie in großem Umfange gerade auf die Männer wartet, die durch die Gesinnungsschule der „Reichsherrnhalle“ gegangen sind. Auch als Landvolk in Gruppenführer ist den Männern, die sich für diese Aufgabe im Landdienst der SA eignen, ein weites und reiches Tätigkeitsfeld geöffnet. Das deutsche Land ist in der nationalsozialistischen Agrarpolitik, die das ganze Volk angeht, kein Spekulationsobjekt mehr, sondern Gegenstand unserer Pflege geworden, weil es die Nahrung unseres Volkes trägt. Die Männer, denen diese Pflicht anvertraut wird, müssen verantwortungsbewußt und zuverlässig sein. Das gilt auch für die Pflege des deutschen Waldes. Im Bereich des Sturmbannes der Standarte, in Bommern, sind zurzeit im Einernahmen mit dem Reichsanrath in dieser Beziehung Anträge zu versenden, die mit weiteren Ausbau für die Lebensgestaltung des entsprechend vorbereiteten ehemaligen Angehörigen der Standarte „Reichsherrnhalle“ von erfreulichen Folgen sein dürften.

Man muß in einer kurzen Betrachtung sich selbstverständlich auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränken. Kernpunkt dieser Betrachtung ist die Tatsache, daß die einjährige Zugehörigkeit zur SA-Standarte „Reichsherrnhalle“ durchgeführt wird, ohne daß eine berufliche Schädigung eintritt. Denn nie hat die SA es als Aufgabe betrachtet, Menschen heranzubringen, die für die Volksgemeinschaft wertlos waren, und gerade die Standarte „Reichsherrnhalle“ als Vertreterin der SA-Gesinnung in ihrer höchsten Potenz steht ihren Schreibern auch darin, Kräfte ins Leben zu führen, die nationalsozialistisch, sozialistisch und beruflich überall ihren Mann stehen.

Wirbelschmerz im amerikanischen Erdölgebiet.

New Orleans, 18. Februar.

Ein schwerer Wirbelschmerz, der den Staat Louisiana heimlich, richtete in dem östlichen Randgebiet, das inmitten großer Erdölfelder liegt, auf einen riesigen Schaden an. Zahlreiche Gas- und Ölfelder wurden zerstört. Nach den bisher vorliegenden ersten Meldungen sind etwa 20 Bewohner des Ortes getötet und etwa 60 mehr oder weniger verletzt worden. Der Schaden, den das Unwetter verursacht hat, wird auf etwa eine halbe Million Dollar geschätzt.

Italienisches Wasserflugzeug verunglückt.

DNB Rom, 19. Februar.

Ein mit fünf Mann besetztes italienisches Wasserflugzeug hat bei seinem Niedergehen im Hafen von Viterbo einen Landungssteg gerammt. Vier Mann der Besatzung sind ihren schweren Verletzungen erlegen.

Generalmajor Keller zum Generalleutnant befördert. Mit Wirkung vom 1. Februar 1938 wird befördert zum Generalleutnant der Generalmajor Keller, Kommandierender General und Befehlshaber im Luft-

Zeitung
Anzahl
Nummer 50
We
Rückschau
Der den
Die stolze Bi
Von unserer
Einen Neuschlag
fanzer seine drei
namt, und wohl keine
der fünf Jahre seinen
des deutschen Volkes in
an sie und die Nation,
laufende Welt getrie
tend und doch so
als diese. Es war in
legung über fünf
sicher Geschichte,
macht worden ist,
Schicksalsgestalt
lichen Triebkraft, in
soweit das Auge aus
Jahrhunderte zurück
Rahmen des Vergleiche
hundert. Er lebte an
der Schiffe, Deutschlan
die dem Völkervertrag
aber zur täglich neuen
Auf mannigfache W
Parteien und Parleme
die Sehnsucht aller De
heit zu erfüllen, aber in
der daselbst erste W
die „Siegerstaaten“, z
waren die Signatur
als letztem das Ruder
er hätte das Schiff zu
können, wenn er nie
an allen alten Meth
schen Kräfte erweck
mengehaßt, gestützt in
in körperlicher Geistl
lichen Mut zur Tat die
volution durchführen u
dos vollenden konnte,
blieben war.
An langer Folge
auf politischen, wirtsch
Gebiet aufmerksam
vertraut sind. Eine n
Bericht und den Leier
aber war er mehr, w
Gemeinnut und dem
wie die Parade der ne
an den Widerstände
anderen Errungenheit
der Welt zu dienen.
Ingen fünf Jahre n
Eroberung eines
fittliche Umform
lichen und sozialen W
willige Unterordnung
felsenfeste Vertrauen
Arbeiter mit allen Sch
der Nation verbindet
weist er auf den Seg
Stiegen der Geburt
Die Leistungen des
schaft der nationalsoz
werden durch keine V
in ihrer Auswirkung
der ausländischen Pres
wieder verläßt betriebe
Sieben geist der Füh
unfünftigen Lügen über
und Wehrmacht, weil
Gefahr bin, die sie
herausbeizubringen und
für dieses Spiel mit de
land fühlt sich erhaben
Verdächtigungen. Mem
Friedfertigkeit unter
keinen Grund und kein
unserer Wehrmacht zu
eine unnötige Rede M